



Permanent Mission
of the Federal Republic of Germany
to the United Nations
New York

Note No. 90/2015

The Permanent Mission of the Federal Republic of Germany to the United Nations presents its compliments to the Secretary-General of the United Nations and, with reference to Chapter III. G (para. 34 “Crimes against Humanity”) of the Report of the International Law Commission on its Sixty-sixth Session (5 May to 6 June and 7 July to 8 August 2014) [United Nations document A/69/10], has the honour to submit the following information requested by the International Law Commission:

Question a) whether the State’s national law at present expressly criminalizes “crimes against humanity” as such:

German law criminalizes Crimes against Humanity in Section 7 of the Code of Crimes against International Law (Völkerstrafgesetzbuch – VStGB), introduced by the Act to Introduce the Code of Crimes against International Law dated 26 June 2002 (Federal Law Gazette¹ Part I p. 2254). Pursuant to Section 2 of the Code, general law set out in the German Criminal Code (Strafgesetzbuch – StGB) is also applicable, including but not limited to the provisions on modes of participation.

¹ In German: Bundesgesetzblatt (BGBl)

Mr. Miguel de Serpa Soares
Under-Secretary-General
for Legal Affairs and United Nations Legal Counsel
United Nations, Secretariat Building S-3620
New York, NY 10017

Question b) the text of the relevant criminal statute(s):

The relevant criminal statutes read as follows:

Völkerstrafgesetzbuch

§ 2 Allgemeines Recht

Auf Taten nach diesem Gesetz findet das allgemeine Strafrecht² Anwendung, soweit dieses Gesetz nicht in den §§ 1 und 3 bis 5 besondere Bestimmungen trifft.

§ 7 Verbrechen gegen die Menschlichkeit

(1) Wer im Rahmen eines ausgedehnten oder systematischen Angriffs gegen eine Zivilbevölkerung

- 1. einen Menschen tötet,*
- 2. in der Absicht, eine Bevölkerung ganz oder teilweise zu zerstören, diese oder Teile hiervon unter Lebensbedingungen stellt, die geeignet sind, deren Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen,*
- 3. Menschenhandel betreibt, insbesondere mit einer Frau oder einem Kind, oder wer auf andere Weise einen Menschen versklavt und sich dabei ein Eigentumsrecht an ihm anmaßt,*
- 4. einen Menschen, der sich rechtmäßig in einem Gebiet aufhält, vertreibt oder zwangsweise überführt, indem er ihn unter Verstoß gegen eine allgemeine Regel des Völkerrechts durch Ausweisung oder andere Zwangsmaßnahmen in einen anderen Staat oder in ein anderes Gebiet verbringt,*
- 5. einen Menschen, der sich in seinem Gewahrsam oder in sonstiger Weise unter seiner Kontrolle befindet, foltert, indem er ihm erhebliche körperliche oder seelische Schäden oder Leiden zufügt, die nicht lediglich Folge völkerrechtlich zulässiger Sanktionen sind,*

² Reference is made *inter alia* to the modes of participation in Sections 25 to 27 of the German Criminal Code (Strafgesetzbuch – StGB):

§ 25 Täterschaft

- (1) Als Täter wird bestraft, wer die Straftat selbst oder durch einen anderen begeht.*
- (2) Begehen mehrere die Straftat gemeinschaftlich, so wird jeder als Täter bestraft (Mittäter).*

§ 26 Anstiftung

Als Anstifter wird gleich einem Täter bestraft, wer vorsätzlich einen anderen zu dessen vorsätzlich begangener rechtswidriger Tat bestimmt hat.

§ 27 Beihilfe

- (1) Als Gehilfe wird bestraft, wer vorsätzlich einem anderen zu dessen vorsätzlich begangener rechtswidriger Tat Hilfe geleistet hat.*
- (2) Die Strafe für den Gehilfen richtet sich nach der Strafdrohung für den Täter. Sie ist nach § 49 Abs. 1 zu mildern.*

Mr. Miguel de Serpa Soares
Under-Secretary-General
for Legal Affairs and United Nations Legal Counsel
United Nations, Secretariat Building S-3620
New York, NY 10017

6. *einen anderen Menschen sexuell nötigt oder vergewaltigt, ihn zur Prostitution nötigt, der Fortpflanzungsfähigkeit beraubt oder in der Absicht, die ethnische Zusammensetzung einer Bevölkerung zu beeinflussen, eine unter Anwendung von Zwang geschwängerte Frau gefangen hält,*
7. *einen Menschen dadurch zwangsweise verschwinden lässt, dass er in der Absicht, ihn für längere Zeit dem Schutz des Gesetzes zu entziehen,*
 - a) *ihn im Auftrag oder mit Billigung eines Staates oder einer politischen Organisation entführt oder sonst in schwerwiegender Weise der körperlichen Freiheit beraubt, ohne dass im Weiteren auf Nachfrage unverzüglich wahrheitsgemäß Auskunft über sein Schicksal und seinen Verbleib erteilt wird, oder*
 - b) *sich im Auftrag des Staates oder der politischen Organisation oder entgegen einer Rechtspflicht weigert, unverzüglich Auskunft über das Schicksal und den Verbleib des Menschen zu erteilen, der unter den Voraussetzungen des Buchstaben a seiner körperlichen Freiheit beraubt wurde, oder eine falsche Auskunft dazu erteilt,*
8. *einem anderen Menschen schwere körperliche oder seelische Schäden, insbesondere der in § 226 des Strafgesetzbuches³ bezeichneten Art, zufügt,*
9. *einen Menschen unter Verstoß gegen eine allgemeine Regel des Völkerrechts in schwerwiegender Weise der körperlichen Freiheit beraubt oder*
10. *eine identifizierbare Gruppe oder Gemeinschaft verfolgt, indem er ihr aus politischen, rassischen, nationalen, ethnischen, kulturellen oder religiösen Gründen, aus Gründen des Geschlechts oder aus anderen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts als unzulässig anerkannten Gründen grundlegende Menschenrechte entzieht oder diese wesentlich einschränkt,*
wird in den Fällen der Nummern 1 und 2 mit lebenslanger Freiheitsstrafe, in den Fällen der Nummern 3 bis 7 mit Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren und in den Fällen der Nummern 8 bis 10 mit Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren bestraft.

³ The named provision is the following:

§ 226 Schwere Körperverletzung

(1) *Hat die Körperverletzung zur Folge, daß die verletzte Person*

1. *das Sehvermögen auf einem Auge oder beiden Augen, das Gehör, das Sprechvermögen oder die Fortpflanzungsfähigkeit verliert,*
2. *ein wichtiges Glied des Körpers verliert oder dauernd nicht mehr gebrauchen kann oder*
3. *in erheblicher Weise dauernd entstellt wird oder in Siechtum, Lähmung oder geistige Krankheit oder Behinderung verfällt,*

so ist die Strafe Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren.

(2) *Verursacht der Täter eine der in Absatz 1 bezeichneten Folgen absichtlich oder wissentlich, so ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren.*

(3) *In minder schweren Fällen des Absatzes 1 ist auf Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren, in minder schweren Fällen des Absatzes 2 auf Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren zu erkennen.*

Mr. Miguel de Serpa Soares
Under-Secretary-General
for Legal Affairs and United Nations Legal Counsel
United Nations, Secretariat Building S-3620
New York, NY 10017

(2) In minder schweren Fällen des Absatzes 1 Nr. 2 ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren, in minder schweren Fällen des Absatzes 1 Nr. 3 bis 7 Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren und in minder schweren Fällen des Absatzes 1 Nr. 8 und 9 Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr.

(3) Verursacht der Täter durch eine Tat nach Absatz 1 Nr. 3 bis 10 den Tod eines Menschen, so ist die Strafe in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 3 bis 7 lebenslange Freiheitsstrafe oder Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren und in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 8 bis 10 Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren.

(4) In minder schweren Fällen des Absatzes 3 ist die Strafe bei einer Tat nach Absatz 1 Nr. 3 bis 7 Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren und bei einer Tat nach Absatz 1 Nr. 8 bis 10 Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren.

(5) Wer ein Verbrechen nach Absatz 1 in der Absicht begeht, ein institutionalisiertes Regime der systematischen Unterdrückung und Beherrschung einer rassischen Gruppe durch eine andere aufrechtzuerhalten, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren bestraft, soweit nicht die Tat nach Absatz 1 oder Absatz 3 mit schwererer Strafe bedroht ist. In minder schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren, soweit nicht die Tat nach Absatz 2 oder Absatz 4 mit schwererer Strafe bedroht ist.

The Max Planck Institute for Foreign and International Criminal Law in Freiburg i. Br., Germany, has published an English translation of the VStGB⁴. The English translation of Sections 2 and 7 reads as follows:

Code of Crimes against International Law

Section 2

Application of the general law

The general criminal law⁵ shall apply to offences pursuant to this Act so far as this Act does not make special provision in sections 1 and 3 to 5.

⁴ See <https://www.mpicc.de/files/pdf1/vstgbleng2.pdf>.

⁵ These include the provisions on modes of participation. The respective English translation of Sections 25 to 27 of the German Criminal Code reads as follows:

Section 25

Principals

(1) Any person who commits the offence himself or through another shall be liable as a principal.

(2) If more than one person commit the offence jointly, each shall be liable as a principal (joint principals).

Section 26

Abetting

Mr. Miguel de Serpa Soares
Under-Secretary-General
for Legal Affairs and United Nations Legal Counsel
United Nations, Secretariat Building S-3620
New York, NY 10017

Section 7

Crimes against Humanity

- (1) *Whoever, as part of a widespread or systematic attack directed against any civilian population,*
1. *kills a person,*
 2. *inflicts, with the intent of destroying a population in whole or in part, conditions of life on that population or on parts thereof, being conditions calculated to bring about its physical destruction in whole or in part,*
 3. *traffics in persons, particularly in women or children, or whoever enslaves a person in another way and in doing so arrogates to himself a right of ownership over that person,*
 4. *deports or forcibly transfers, by expulsion or other coercive acts, a person lawfully present in an area to another State or another area in contravention of a general rule of international law,*
 5. *tortures a person in his or her custody or otherwise under his or her control by causing that person substantial physical or mental harm or suffering where such harm or suffering does not arise only from sanctions that are compatible with international law,*
 6. *sexually coerces, rapes, forces into prostitution or deprives a person of his or her reproductive capacity, or confines a woman forcibly made pregnant with the intent of affecting the ethnic composition of any population,*
 7. *causes a person's enforced disappearance, with the intention of removing him or her from the protection of the law for a prolonged period of time,*
 - (a) *by abducting that person on behalf of or with the approval of a State or a political organization, or by otherwise severely depriving such person of his or her physical liberty, followed by a failure immediately to give truthful information, upon inquiry, on that person's fate and whereabouts, or*
 - (b) *by refusing, on behalf of a State or a political organization or in contravention of a legal duty, to give information immediately on the fate and whereabouts of the person deprived of his or her physical liberty under the circumstances referred to under letter (a) above, or by giving false information thereon,*

Any person who intentionally induces another to intentionally commit an unlawful act (abettor) shall be liable to be sentenced as if he were a principal.

Section 27

Aiding

- (1) Any person who intentionally assists another in the intentional commission of an unlawful act shall be convicted and sentenced as an aider.
- (2) The sentence for the aider shall be based on the penalty for a principal. It shall be mitigated pursuant to section 49(1).

Mr. Miguel de Serpa Soares
Under-Secretary-General
for Legal Affairs and United Nations Legal Counsel
United Nations, Secretariat Building S-3620
New York, NY 10017

8. *causes another person severe physical or mental harm, especially of the kind referred to in section 226 of the Criminal Code⁶,*
9. *severely deprives, in contravention of a general rule of international law, a person of his or her physical liberty, or*
10. *persecutes an identifiable group or collectivity by depriving such group or collectivity of fundamental human rights, or by substantially restricting the same, on political, racial, national, ethnic, cultural or religious, gender or other grounds that are recognised as impermissible under the general rules of international law*

shall be punished, in the cases referred to under numbers 1 and 2, with imprisonment for life, in the cases referred to under numbers 3 to 7, with imprisonment for not less than five years, and, in the cases referred to under numbers 8 to 10, with imprisonment for not less than three years.

(2) In less serious cases under subsection (1), number 2, the punishment shall be imprisonment for not less than five years, in less serious cases under subsection (1), numbers 3 to 7, imprisonment for not less than two years, and in less serious cases under subsection (1), numbers 8 and 9, imprisonment for not less than one year.

(3) Where the perpetrator causes the death of a person through an offence pursuant to subsection (1), numbers 3 to 10, the punishment shall be imprisonment for life or for not less than ten years in cases under subsection (1), numbers 3 to 7, and imprisonment for not less than five years in cases under subsection (1), numbers 8 to 10.

(4) In less serious cases under subsection (3) the punishment for an offence pursuant to subsection (1), numbers 3 to 7, punishment shall be imprisonment for not less than five years, and for an offence pursuant to subsection (1), numbers 8 to 10, imprisonment for not less than three years.

(5) Whoever commits a crime pursuant to subsection (1) with the intention of maintaining an institutionalised regime of systematic oppression and domination by one racial group over any other shall be punished with imprisonment for not less than five years so far as the offence is not punishable more severely pursuant to subsection (1) or subsection (3). In less serious cases the punishment shall be

⁶ The respective English translation of this provision reads as follows:

Section 226

Causing grievous bodily harm

(1) If the injury results in the victim

1. *losing his sight in one eye or in both eyes, his hearing, his speech or his ability to procreate;*
2. *losing or losing permanently the ability to use an important member;*
3. *being permanently and seriously disfigured or contracting a lingering illness, becoming paralysed, mentally ill or disabled,*

the penalty shall be imprisonment from one to ten years.

(2) If the offender intentionally or knowingly causes one of the results indicated in subsection (1) above the penalty shall be imprisonment of not less than three years.

(3) In less serious cases under subsection (1) above the penalty shall be imprisonment from six months to five years, in less serious cases under subsection (2) above imprisonment from one to ten years.

Mr. Miguel de Serpa Soares
Under-Secretary-General
for Legal Affairs and United Nations Legal Counsel
United Nations, Secretariat Building S-3620
New York, NY 10017

imprisonment for not less than three years so far as the offence is not punishable more severely pursuant to subsection (2) or subsection (4).

Question c) under what conditions the State is capable of exercising jurisdiction over an alleged offender for the commission of a crime against humanity (e.g. when the offense occurs within its territory or when the offense is by its national or resident):

This is regulated by Section 1 of the Code of Crimes against International Law, which has the following original wording and English translation:

Völkerstrafgesetzbuch

§ 1 Anwendungsbereich

Dieses Gesetz gilt für alle in ihm bezeichneten Straftaten gegen das Völkerrecht, für die in ihm bezeichneten Verbrechen auch dann, wenn die Tat im Ausland begangen wurde und keinen Bezug zum Inland aufweist.

Code of Crimes against International Law

Section 1

Scope of Application

This Act shall apply to all criminal offences against international law designated under this act, to serious criminal offences designated therein even when the offence was committed abroad and bears no relation to Germany.

Thus, with regard to the “serious criminal offences” (“Verbrechen”)⁷ designated in the VStGB (including Crimes against Humanity under Section 7), Section 1 mandates the application of the principle of universal jurisdiction. Accordingly, Germany assumes penal power in relation to crimes against humanity regardless of where the crime was committed, the nationalities of the perpetrators and victims, and the interests of other states. However, pursuant to Section 153f of the German Code of Criminal Procedure (Strafprozessordnung – StPO), it is possible to dispense with prosecuting such an act under certain conditions that are further described.

⁷ Pursuant to Section 12 of the German Criminal Code (Strafgesetzbuch – StGB), these are unlawful acts punishable by a minimum sentence of one year imprisonment.

Mr. Miguel de Serpa Soares
Under-Secretary-General
for Legal Affairs and United Nations Legal Counsel
United Nations, Secretariat Building S-3620
New York, NY 10017

These conditions include, in particular, that no German or German resident is involved and that the offence is being prosecuted before an international or foreign court. This provision is likewise reproduced first in the original version and then in the English translation:

Strafprozessordnung

§ 153f

[Absehen von der Verfolgung von Straftaten nach dem Völkerstrafgesetzbuch]

(1) Die Staatsanwaltschaft kann von der Verfolgung einer Tat, die nach den §§ 6 bis 14 des Völkerstrafgesetzbuches strafbar ist, in den Fällen des § 153c Abs. 1 Nr. 1 und 2 absehen, wenn sich der Beschuldigte nicht im Inland aufhält und ein solcher Aufenthalt auch nicht zu erwarten ist. Ist in den Fällen des § 153c Abs. 1 Nr. 1 der Beschuldigte Deutscher, so gilt dies jedoch nur dann, wenn die Tat vor einem internationalen Gerichtshof oder durch einen Staat, auf dessen Gebiet die Tat begangen oder dessen Angehöriger durch die Tat verletzt wurde, verfolgt wird.

(2) Die Staatsanwaltschaft kann insbesondere von der Verfolgung einer Tat, die nach den §§ 6 bis 14 des Völkerstrafgesetzbuches strafbar ist, in den Fällen des § 153c Abs. 1 Nr. 1 und 2 absehen, wenn

- 1. kein Tatverdacht gegen einen Deutschen besteht,*
- 2. die Tat nicht gegen einen Deutschen begangen wurde,*
- 3. kein Tatverdächtiger sich im Inland aufhält und ein solcher Aufenthalt auch nicht zu erwarten ist und*
- 4. die Tat vor einem internationalen Gerichtshof oder durch einen Staat, auf dessen Gebiet die Tat begangen wurde, dessen Angehöriger der Tat verdächtig ist oder dessen Angehöriger durch die Tat verletzt wurde, verfolgt wird.*

Dasselbe gilt, wenn sich ein wegen einer im Ausland begangenen Tat beschuldigter Ausländer im Inland aufhält, aber die Voraussetzungen nach Satz 1 Nr. 2 und 4 erfüllt sind und die Überstellung an einen internationalen Gerichtshof oder die Auslieferung an den verfolgenden Staat zulässig und beabsichtigt ist.

(3) Ist in den Fällen des Absatzes 1 oder 2 die öffentliche Klage bereits erhoben, so kann die Staatsanwaltschaft die Klage in jeder Lage des Verfahrens zurücknehmen und das Verfahren einstellen.

German Code of Criminal Procedure

Section 153f

[Dispensing with Prosecution of Criminal Offences under the Code of Crimes against International Law]

Mr. Miguel de Serpa Soares
Under-Secretary-General
for Legal Affairs and United Nations Legal Counsel
United Nations, Secretariat Building S-3620
New York, NY 10017

(1) The public prosecution office may dispense with prosecuting a criminal offence for which there is criminal liability pursuant to sections 6 to 14 of the Code of Crimes against International Law in the cases referred to in Section 153c subsection (1), numbers 1 and 2, if the accused is not resident in Germany and is not expected to so reside. If, in the cases referred to in Section 153c subsection (1), number 1, the accused is a German, however, this shall only apply if the offence is being prosecuted before an international court of justice or by a state on whose territory the offence was committed or a citizen of which was injured by the offence.

(2) The public prosecution office may dispense with prosecuting an offence for which there is criminal liability pursuant to sections 6 to 14 of the Code of Crimes against International Law in the cases referred to in Section 153c subsection (1), numbers 1 and 2, in particular if

- 1. no German is suspected of having committed the crime;*
- 2. the offence was not committed against a German;*
- 3. no suspect is, or is expected to be, resident in Germany;*
- 4. the offence is being prosecuted by an international court of justice or by a country on whose territory the offence was committed, a citizen of which is either suspected of the offence, or suffered injury as a result of the offence.*

The same shall apply if a foreigner who is accused of a criminal offence that was committed abroad is resident in Germany but the requirements of the first sentence, numbers 2 and 4, are met and transfer to an international court of justice or extradition to the prosecuting state is admissible and intended.

(3) If, in the cases referred to in subsections (1) or (2) public charges have already been preferred, the public prosecution office may, at any stage of the proceedings, withdraw the charges and terminate the proceedings.

Question d) decisions of the State's national courts that have adjudicated crimes against humanity:

The first criminal trial on the basis of the VStGB is currently being held before the Oberlandesgericht Stuttgart⁸, having begun in May 2011. The Rwandan nationals *Ignace Murwanashyaka* and *Straton Musoni* are charged with 26 counts of crimes against humanity and 39 counts of war crimes committed on Congolese territory by members of the "Forces Démocratiques de Libération du Rwanda" (FDLR), an armed rebel group consisting primarily of Hutu Rwandan nationals in the Democratic Republic of Congo. Specifically, the indictment alleges that the accused directed the operations

⁸ Meaning "Higher Regional Court", the highest court(s) in criminal and civil proceedings within a particular federal state in Germany (here: Baden-Württemberg).

Mr. Miguel de Serpa Soares
Under-Secretary-General
for Legal Affairs and United Nations Legal Counsel
United Nations, Secretariat Building S-3620
New York, NY 10017

and strategies of the FDLR – including the systematic commission of atrocities⁹ – from German territory between 2008 and the time of their arrests in November 2009. The court has not yet set a date for the delivery of the judgment.

Regarding modes of participation, a judgment that is not yet final was rendered by the Oberlandesgericht Frankfurt a. M. in a trial against a former Rwandan mayor¹⁰. Ruling on his indictment for the crime of genocide pursuant to former Section 220a of the German Criminal Code (StGB) – a precursor to the provisions now included in the VStGB¹¹, but applying the same general law that is now applicable to crimes against humanity under Sections 2 and 7 of the VStGB – the court distinguished between criminal responsibility as a principal participant pursuant to Section 25 of the German Criminal Code (“Täterschaft”), and criminal responsibility as a secondary participant pursuant to Section 27 of the German Criminal Code (“Beihilfe”), primarily by recourse

⁹ See the press releases under <http://www.olg-stuttgart.de/pb/,Lde/1178420/?LISTPAGE=1178400> (press release by the court) and under <http://www.generalbundesanwalt.de/de/showpress.php?themenid=12&newsid=382> (press release by the prosecutor).

¹⁰ See OLG Frankfurt a.M., Urteil v. 18.2.2014 – 5-3 StE 4/10-4-3/10. The judgment is not yet final, pending review by the Bundesgerichtshof (Federal Court of Justice, the highest appellate court in Germany for civil and criminal proceedings).

¹¹ The provision was repealed in 2002, when the VStGB entered into force. In English, it reads as follows:

(1) Whoever, with the intention destroying entirely or partially a national, racial, religious or ethnically distinct group as such,

1. kills members of a group;
 2. inflicts serious physical or psychological injury, especially of the type described in Section 224, on members of a group;
 3. subjects the group to living conditions likely to cause death to all or some of the members;
 4. imposes measures designed to prevent births within the group;
 5. forcibly transfers children from one group to another group,
- shall be punished by imprisonment for life.

(2) Not less than five years' imprisonment shall be imposed in less serious cases falling under subparagraph (1), numbers 2 to 5.

Section 224

Aggravated Bodily Harm

(1) If the bodily harm committed on the victim results in the loss of an important part of the body, sight in one or both eyes, hearing, speech or his procreative capacity, or in a serious permanent deformity, or deteriorates into invalidity, paralysis or mental illness, imprisonment from one to five years shall be imposed. (2) In less serious cases imprisonment for up to five years or a fine shall be imposed.

Mr. Miguel de Serpa Soares
Under-Secretary-General
for Legal Affairs and United Nations Legal Counsel
United Nations, Secretariat Building S-3620
New York, NY 10017

to the concept of control over the crime¹². The court posited that such control over the crime – and thus criminal responsibility as a principal participant –also arises where the actor has at his disposal a hierarchically organized power apparatus whose members carry out acts of genocide on its behalf (“Organisationsherrschaft”)¹³. German courts refer to the concept of control over the crime as part of an overall assessment of the accused’s role as a principal or secondary participant; this overall assessment also takes into account the degree of the accused’s interest in the offence, the scope of the accused’s participation as well as the accused’s desire to possess control over the crime¹⁴.

¹² See OLG Frankfurt a.M., Urt. v. 18.2.2014 – 5-3 StE 4/10-4-3/10, marginal nos. 732 et seqq.

¹³ See OLG Frankfurt a.M., Urt. v. 18.2.2014 – 5-3 StE 4/10-4-3/10, marginal nos. 734 et seq. Whether the facts of the case warranted a finding of “Organisationsherrschaft” is the subject of critical review in scholarship, see Werle/Burghardt, *Der Völkermord in Ruanda und die deutsche Strafjustiz*, ZIS 2015, p. 46 (51 et seqq.).

¹⁴ See e.g. Bundesgerichtshof, Urt. v. 12.2.1998 – 4 StR 428/97, and specifically on the concept of “Organisationsherrschaft” Bundesgerichtshof, Urteil v. 26. Juli 1994 – 5 StR 98/94.

The Permanent Mission of Germany to the United Nations avails itself of this opportunity to renew to the Secretary-General of the United Nations the assurances of its highest consideration.

New York 27 February 2015



Mr. Miguel de Serpa Soares
Under-Secretary-General
for Legal Affairs and United Nations Legal Counsel
United Nations, Secretariat Building S-3620
New York, NY 10017